

STUDIENBEITRÄGE WIEDER EINFÜHREN – SOZIALVERTRÄGLICH UND NACHGELAGERT

Zwischen den Jahren 2006 und 2014 erhoben die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland über jeweils unterschiedlich lange Zeiträume Studienbeiträge. Eine kurzsichtige, verfehlte Bildungspolitik hat dazu geführt, dass diese wieder abgeschafft wurden. Da von einem Studium alle, die Gesellschaft insgesamt wie auch jede/r einzelne Absolvent/in, profitieren, sollten die finanziellen Lasten angemessen verteilt werden. Neben der staatlichen Grundfinanzierung sind moderate, sozialverträgliche und nachgelagerte Semesterbeiträge i.H. v. max. 500 € (entspricht der Höhe der vormals erhobenen Beiträge), die die Hochschulen selber erheben, sinnvoll. So könnten die Angebote in Studium und Lehre wesentlich verbessert werden.

Irrtum: Nur Reiche können sich Studienbeiträge leisten.

- Nach Einführung von Studienbeiträgen in einigen Bundesländern blieb dort der Anteil der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger konstant. Der Anteil der Studierenden niedriger oder mittlerer sozialer Herkunft ging ebenfalls nicht zurück. Auswirkungen auf die soziale Zusammensetzung der Studierendenschaft ließen sich also nicht beobachten.
- Die größten Probleme sozialer Selektivität bestehen in Deutschland weit vor dem Studium, am Beginn des Bildungswegs. So sind die privaten Kosten für frühkindliche Betreuung und Bildung höher als die für ein Studium. Hier besteht Handlungsbedarf.
- Bei der Einführung von Studienbeiträgen war und ist Sozialverträglichkeit eine zwingend zu erfüllende, allgemein akzeptierte Bedingung: Niemand darf aus finanziellen Gründen vom Hochschulstudium ausgeschlossen werden.
- Erfahrungen aus anderen Staaten mit Studienbeiträgen belegen: intelligente und flexible Stipendien-, Zuschuss- und Darlehensmodelle ermöglichen eine hohe Bildungsbeteiligung junger Menschen aus sozial benachteiligten Familien. Studierende haben in diesen Ländern grundsätzlich die Möglichkeit, zinsgünstige Kredite aufzunehmen und die Studienbeiträge erst nach dem Studium zurückzuzahlen, wenn sie selbst aufgrund ihrer Qualifikation überdurchschnittlich gut verdienen.
- Abschreckend auf finanziell nicht gut gestellte Studieninteressierte wirken allerdings überlange Studienzeiten und die teilweise suboptimalen Studien- und Betreuungsbedingungen in Deutschland.

Irrtum: Je höher die Studienbeiträge, desto weniger Menschen studieren.

- Deutschland hatte vor der Einführung von Studienbeiträgen im Jahr 2005 eine Studienanfängerquote von nur etwa 37 % und eine Abschlussquote von knapp 20 % erreicht

und lag damit weit unterhalb des Durchschnitts der OECD-Länder, wo insgesamt 54 % der jungen Menschen ein Studium aufnehmen und über 36 % einen akademischen Abschluss erreichen.

- Die Einführung von Studienbeiträgen an vielen deutschen Hochschulen führte nicht zu einem Rückgang der Studienanfängerquote. Das Gegenteil war der Fall: Zwischen 2008 und 2012 stieg diese Quote sogar von 39 % auf 50 %. Der Anstieg in den Ländern mit moderaten Studienbeiträgen war dabei genauso hoch wie in den Ländern ohne Studienbeiträge. Auch die Studierneigung von Nicht-Akademikerkindern stieg nach Einführung von Studienbeiträgen weiter an.
- In vielen Ländern werden trotz Studienbeiträgen weit höhere Beteiligungsquoten an hochschulischer Bildung erreicht, z. B. in den USA, Großbritannien und den Niederlanden.
- Die im internationalen Vergleich geringere Studierendquote Deutschlands erklärt sich zum Teil aus dem erfolgreichen und zielführenden System der betrieblichen Berufsausbildung.

„Mit keiner der durchgeführten Analysen kann ein negativer Effekt von Studiengebühren auf die Studierneigung identifiziert werden. [...] Die Ergebnisse sprechen dafür, dass es mit der Einführung der Studiengebühren zu einer Aufwertung der Erträge für ein Studium gekommen ist.“

Studie des Wissenschaftszentrums Berlin „War all die Aufregung umsonst? Über die Auswirkung der Einführung von Studiengebühren auf die Studienbereitschaft in Deutschland“, 2011

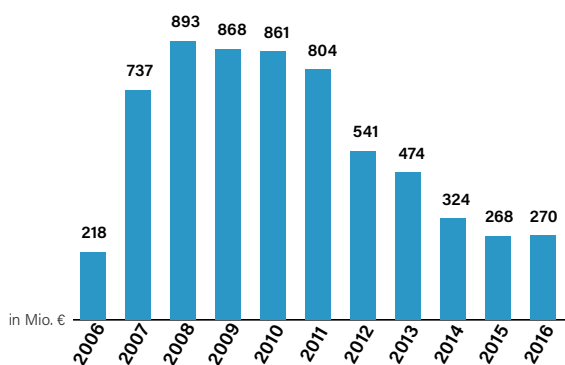
Irrtum: Durch die Einführung von Studienbeiträgen verbesserte sich die Situation an den Hochschulen nicht.

- In Bundesländern mit Studienbeiträgen verbesserte sich die finanzielle Situation der Hochschulen deutlich. So standen z. B. den bayerischen Hochschulen jährlich 150 Mio. € zusätzlich zur Verfügung, was einer Steigerung ihrer Mittel um mehr als 5 % entsprach. Diese Mittel waren besonders wirkungsvoll, da sie frei und flexibel eingesetzt werden konnten.
- Hieraus wurden zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung von Studium und Lehre finanziert.
- Studienbeiträge können nur dann ihre positive Wirkung auf die Qualität des Hochschulstudiums entfalten, wenn sie in voller Höhe den Hochschulen zugutekommen. Sie dürfen nicht zu einer Reduzierung der staatlichen Mittel führen.

Ehemals aus Studienbeiträgen finanzierte Maßnahmen an deutschen Hochschulen (Auswahl):

- Tutorien, Mentoringprogramme, zusätzliche Lehrveranstaltungen, Einsatz innovativer Lehr- und Lernmethoden
- Verbesserung der technischen Ausstattung in Veranstaltungsräumen und Laboren, bessere Ausstattung mit Büchern, elektronischen Medien sowie weiteren Lehr- und Lernmaterialien
- Verbesserter Service für die Studierenden durch bessere Beratung und längere Öffnungszeiten von Serviceeinrichtungen
- Spezifische Maßnahmen für bestimmte Studierendengruppen, etwa für Studierende mit Kind oder ausländische Studierende

Rückgang der Studiengebühren



Quelle: Bildungsfinanzbericht 2017

Irrtum: Studienbeiträge bedeuten den Rückzug des Staats aus der Hochschulfinanzierung.

- Die Einführung von Studienbeiträgen ging nicht mit einer Reduzierung der Wissenschaftshaushalte in gleicher Höhe einher – und darf dies im Fall einer Wiedereinführung auch nicht zur Folge haben. Niedersachsen und Bayern hatten z. B. trotz Studienbeiträgen in den entsprechenden Jahren deutlich überdurchschnittliche staatliche Mittelzuweisungen pro Student/in.
- Auch der Blick ins Ausland bestätigt die Befürchtung nicht. So liegt der Anteil der staatlichen Hochschulausgaben in den USA trotz erheblich höherer Studienbeiträge genauso hoch wie in Deutschland. Auch dort kommen die von den Studierenden geleisteten Beiträge zusätzlich den Hochschulen zugute.

Irrtum: Die Bevölkerung ist gegen Studiengebühren

- 62 % der Bevölkerung befürworten sozial verträgliche, nachgelagerte Studiengebühren (Ifo-Institut, 2014).
- Unter Personen ohne Hochschulabschluss ist die Befürwortung größer als unter denen mit Hochschulstudium.

PUBLIKATIONEN

Bildung 2030 im Blick

Bildungspolitisches Grundsatzposition der Arbeitgeber, März 2017

Hochschulfinanzierung – ganzheitlich, transparent und leistungsorientiert gestalten

Positionspapier von BDA, BDI, IW Köln und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, April 2013

BDA | DIE ARBEITGEBER

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Bildung | Berufliche Bildung

T +49 30 2033-1500

bildung@arbeitgeber.de